

Sachdokumentation:

Signatur: DS 316

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/316



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere

hotelleriesuisse
Swiss Hotel Association

HEV Schweiz



Es gilt das gesprochene Wort.

Grosser Schaden für die Schweiz

Heinz Karrer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Vielen Dank für Ihr Kommen und Ihre Berichterstattung.

In gut zwei Wochen steht der nächste Urnengang vor der Tür. Dann stimmen wir über die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» – kurz «Grüne Wirtschaft» genannt – ab. Mit einem neuen Verfassungsartikel soll die Schweiz dazu verpflichtet werden, den aktuellen Verbrauch an Energien und Rohstoffen radikal, um mehr als zwei Drittel, zu senken. Um dieser Forderung annähernd gerecht zu werden, sind neue staatliche Eingriffe notwendig. Absehbar sind dirigistische Produktionsvorschriften, neue Umweltabgaben sowie weitere extreme Zwangsmassnahmen in den Bereichen «Mobilität», «Ernährung» und «Wohnen». Aus allen Bereichen werden Sie heute ein kurzes Referat hören.

Ja zu Ressourceneffizienz – NEIN zur extremen Initiative

Bevor wir ins Detail gehen, ist es uns ein Anliegen klarzustellen, dass sich die Wirtschaft nicht per se gegen mehr Nachhaltigkeit wehrt. Ganz im Gegenteil: Das Grundanliegen der Initiative ist grundsätzlich berechtigt. Deshalb tragen schon heute täglich viele Schweizer Unternehmen zu einem grüneren und damit ökologischeren Wirtschaftsalltag bei. Völlig verfehlt sind hingegen die in der Volksinitiative vorgeschlagenen planwirtschaftlichen Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen. Die starre Zeitachse, das quantitative Ziel und die fragwürdige Messmethode sind ebenso in hohem Mass kontraproduktiv. Ökologische Herausforderungen können nicht mit einem Kahlschlag bei Wirtschaft und Konsum angegangen werden. Doch genau das bewirkt die Volksinitiative. Zudem, und auch das geht vergessen, können die Herausforderungen nicht allein in der Schweiz gelöst werden. Weil viele Produkte und Rohstoffe importiert werden, fällt über die Hälfte der durch den Schweizer



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere



Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland an. Darum sind nationale Alleingänge völlig verfehlt. Es braucht ein international abgestimmtes Vorgehen.

Lassen Sie mich verdeutlichen: Ein effizienter Umgang mit Ressourcen ist besonders in der teuren Schweiz ein überlebenswichtiges Eigeninteresse der Schweizer Unternehmen, weil dadurch Kosten gespart und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden können. Laufend rüsten Unternehmen ihre Produktionsstätten mit effizienter Gebäudetechnik und innovativen Energiekonzepten auf. Sie verbessern ihre Ressourceneffizienz und schliessen Materialkreisläufe. Die Initianten zeichnen dagegen ein Zerrbild der Realität. Sie behaupten, dass die Unternehmen zu ihrem Glück gezwungen werden müssen. Doch als hoch technologisiertes Land belegt die Schweiz in vielen internationalen Umweltrankings seit Jahren Spitzenplätze. Der Schweizer Wirtschaftsstandort vereint Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Ressourcenschonung optimal. Zwar ist das Ziel damit noch nicht erreicht, doch der eingeschlagene Weg stimmt und soll auf freiwilliger Basis weiterverfolgt werden.

Etwas darf nicht vergessen werden: Viele Unternehmen sind bereits mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Die Stichworte kennen Sie: Wechselkurs, MEI-Umsetzung, Unternehmenssteuerreform III, Energiewende sind nur einige davon. Zusätzliche Vorschriften, die die Produktion verteuern und Innovation behindern, sind vor diesem Hintergrund extrem schädlich. Die Initiative der Grünen führt zu einem abrupten Strukturwandel und gefährdet den Werkplatz Schweiz. Produktionsverlagerungen ins Ausland sind auch nicht im Sinne der Umwelt. Denn im Ausland bestehen schon heute oftmals weniger strenge Gesetze.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne übergebe ich an dieser Stelle das Wort Hans Egloff, dem Präsidenten des Schweizer Hauseigentümergebietes.



Es gilt das gesprochene Wort.

Steigende Wohnkosten und hohe Einbussen bei der Lebensqualität

NR Hans Egloff, Präsident Hauseigentümerverband Schweiz (HEV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie Herr Karrer richtig ausgeführt hat, droht uns bei einer Annahme der Initiative eine Unmenge an zusätzlichen Vorschriften, Verboten und Lenkungsabgaben. Stark betroffen ist insbesondere der Lebensbereich «Wohnen». Diverse Studien zeigen, dass dieser rund einen Drittel der gesamten Schweizer Umweltbelastung verursacht, da er äusserst energieintensiv ist. Um das überrissene Initiativziel erreichen zu können, müssten demnach ungeheure Anstrengungen unternommen werden – beispielsweise im Bereich Sanierungen von Immobilien. Wenn man bedenkt, dass heute rund ein Prozent des Schweizer Gebäudeparks pro Jahr energetisch erneuert wird, bringt eine Annahme der Initiative riesige Herausforderungen für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer sowie zusätzliche Kosten für Mieterinnen und Mieter mit sich.

Künftig müssten alle Wohnenden mehr bezahlen. Denn neue Verordnungen im Bereich Neu- und Umbauten sowie erforderliche Gebäudesanierungen generieren Mehrkosten. Zudem muss der Wohnflächenbedarf pro Person sinken. Wer auf grossflächigem Raum lebt, wird also doppelt bestraft. Das Mieten einer Wohnung nach heutigem Standard wird demnach zu einer finanziellen Herausforderung. Der klassische Traum vom Eigenheim würde für viele gar unerreichbar.

Nicht nur für den Wohnraum müssen wir tiefer in die Taschen greifen. Auch Alltägliches wie das Heizen, die Warmwassernutzung oder die Beleuchtung werden teurer. Und zwar massiv. Nur Steuern, die deutlich spürbar sind, erzielen den gewünschten Lenkungseffekt. Mittelstand, Familien und sozial Schwächere geraten dadurch schnell in grosse finanzielle Schwierigkeiten. Es entsteht eine neue, ungerechte Zweiklassengesellschaft. Obendrein ist das Wohnen ein menschliches Grundbedürfnis und Teil der persönlichen Privatsphäre. Es darf nicht sein, dass sich der Staat hier einmischt. Deshalb lehnt auch der HEV die absurde Initiative ab.



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere



Das heisst aber nicht, dass wir uns gegen ein verantwortungsvolles Bauen und Wohnen wehren. Umweltschutz ist wichtig. Das wissen auch Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien. Jährlich investieren sie freiwillig viele Milliarden Franken in die Sanierung von Altbauten. Fenster werden ersetzt, alternative Energiesysteme installiert oder Heizungen optimiert. Auch Neubauten werden in der Schweiz aus energetischer Sicht auf internationalem «Top Level» gebaut und freiwillig noch höhere Standards als vorgeschrieben eingehalten. Aber es gibt auch noch andere Werte, die eine Gesellschaft beachten muss. Unter anderem die persönliche Freiheit zu entscheiden, wo und wie man lebt. Überdies gibt es auch technische Grenzen. Zum Beispiel beim Ersatz von Ölheizungen. Zurzeit werden rund 48 Prozent aller Gebäude in unserem Land mit Öl beheizt. Das ist eine Tatsache, die sich nicht von heute auf morgen ändern lässt. Zwar ist die Rate abnehmend. Aber je nachdem ist ein vollständiger Ersatz nicht möglich. So können nicht überall problemlos neue Leitungen verlegt, in den Boden gebohrt oder Gebäude mit Gas erschlossen werden. Ausserdem wären die Kosten enorm hoch, sodass sich viele Menschen den raschen Umstieg gar nicht leisten könnten. Der grösste Erfolg bezüglich Umweltschutz lässt sich mit fortschrittlicher Technologie erzielen und nicht mit mehr Bürokratie. Hier sind wir auf gutem Weg. Zum einen gibt es auch bei Ölheizungen Effizienzfortschritte. Zum anderen finden zunehmend erneuerbare Energien Einzug in den Wohnalltag. Das heisst, moderne Ölheizungen werden kombiniert mit Solarenergie für Warmwasser, Wärmepumpen werden über die eigene Fotovoltaikanlage gespeisen. Diesen Erfolgspfad sollten wir weitergehen, um unserer Umwelt schrittweise etwas Gutes zu tun.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



fial Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere



Es gilt das gesprochene Wort.

Sie entscheiden nicht mehr selbst, was bei Ihnen auf den Teller kommt!

NR Isabelle Moret, Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (FIAL)

Sehr geehrte Damen und Herren

Auf den ersten Blick klingt die Initiative «Grüne Wirtschaft» der Grünen Partei sehr verführerisch. Wer würde nicht eine Wirtschaft wollen, die ihrer Umwelt gegenüber verantwortungsvoll und fürsorglich handelt? Wer würde der nachkommenden Generation nicht eine Welt in einem besseren Zustand hinterlassen wollen? Niemand. Aber sobald man sich mit den Forderungen der Grünen tiefer auseinandersetzt, schraubt man die eigenen Ansprüche wieder ein bisschen zurück. Und all die schönen Versprechen werden von der harten Realität eingeholt.

Die Grünen wollen unseren ökologischen Fussabdruck bis ins Jahr 2050 auf eins reduzieren. Das Konzept des ökologischen Fussabdrucks wird aber von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern immer wieder stark infrage gestellt. Es ist ein sehr komplexes Werkzeug – einige sprechen gar von einer Blackbox –, das nicht weniger als 4000 Inputs und über 10'000 Rechnungen umfasst und das gemäss diversen Experten konzeptionelle Schwächen aufweist. Und wir sollen nun dieses höchst umstrittene Konzept des ökologischen Fussabdrucks, das von einer privaten Organisation erarbeitet wurde, in unserer Bundesverfassung verankern? Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, dass unsere Verfassung kein Sammelurium für die politischen Parteien ist, um ihren Bekanntheitsgrad zu vergrössern oder um Wahlerfolge zu stützen. Kein anderes Land auf dieser Welt kennt eine derartige Verfassungsbestimmung, wie sie uns die Grünen auferlegen wollen. Zwar beziehen sich die Grünen in ihrer Argumentation auch oft auf die Ziele der Europäischen Union. Es handelt sich dabei aber lediglich um einen Fahrplan, der keine verpflichtenden Vorschriften und Regulierungsmassnahmen beinhaltet. Die Initiative der Grünen hat dagegen verpflichtende Konsequenzen für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen dieses Landes, die – und ich möchte Sie nochmals kurz daran erinnern – stehen schon heute unter enormem Druck. Sei es im internationalen Umfeld mit dem starken Franken oder mit den allgemeinen Herausforderungen im teuren Produktionsstandort Schweiz.

Als Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien möchte ich betonen, dass die Auswirkungen der Initiative der Grünen äusserst schmerzhaft wären. So-



wohl ein Studienbericht des Bundesamts für Umwelt als auch die Botschaft des Bundesrats belegen, dass die Initiative der Grünen die Schweiz dazu verpflichtet, den Ressourcenverbrauch um mindestens 65 Prozent zu senken! Selbst wenn wir rasche und drastische Massnahmen umsetzen, könnten wir höchstens 40 Prozent über Effizienzfortschritte im gewünschten Zeitrahmen einsparen. Die restlichen 25 Prozent sind nur über Konsumverzicht zu erreichen. Aus diesem Grund stuft der Bundesrat die Initiative klar als nicht umsetzbar ein.

In Bezug auf den Konsum müssen die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit höheren Preisen rechnen – insbesondere im Nahrungsmittelbereich. Denn es gibt viele Produkte, die bei der Herstellung sehr viel Energie benötigen. Betroffen sind insbesondere Milchprodukte und Fleisch. Aber diese Preiserhöhungen scheinen die Grünen und ihnen nahestehende Organisationen angeblich nicht zu stören. Im Juli haben Verbände wie Greenpeace bereits von einer Steuer «in der Höhe von 20 bis 30 Prozent am Anfang, danach 100 Prozent, sollte sie nicht den gewünschten Effekt erzielen» gesprochen (Quelle: «Le Matin» vom 12. Juli 2016). Wenn wir die Argumentation der Grünen bis zum Ende folgen, werden wir auch den Import von einzelnen Nahrungsmitteln verbieten müssen, da der Transport der Nahrungsmittel einen grossen Einfluss auf die Umweltbelastung hat – wie zum Beispiel der Kaffee, der Kakao oder exotische Früchte. Stellen Sie sich vor, was unser Land der Schokolade ohne den Import von Kakao machen würde!

Wir könnten an dieser Stelle noch unzählige weitere Beispiele nennen. Und die Studie des Bundesamts für Umwelt, auf die ich mich hier beziehe, hat einen Katalog mit verschiedenen Massnahmen zusammengestellt, die wir ergreifen müssten im Bereich Konsum. Fakt ist: Konsumentinnen und Konsumenten werden mit der Initiative bevormundet. Sie können nicht mehr selbst entscheiden, was auf ihren Teller kommt!

Es ist wichtig zu wissen, dass die Schweiz – mitsamt ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren Unternehmen – in den letzten Jahren alles andere als untätig gewesen ist in Sachen Umweltschutz. Seit dem Jahr 2010 gibt es in unserem Land einen sogenannten Masterplan Cleantech, der entscheidet, welche Massnahmen wir ergreifen müssen in Bezug auf eine grüne Wirtschaft. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer haben den Weg des Bundesrats eingeschlagen und haben erfolgreich neue umweltfreundliche Technologien auf die Märkte gebracht, sich in Nischenmärkten positionieren können und das schweizerische Know-how in die Welt hinausgetragen.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass sich die Schweiz in unterschiedlichen internationalen Rankings immer wieder auf den ersten Plätzen wiederfindet, wenn es um Ressourceneffizienz oder Recycling geht. Auf diesem Erfolgspfad wurden Arbeitsplätze ge-



schaffen, und dies ohne ausufernde Zwänge, ohne hohe Steuern als Ansporn, ohne ein Bürokratiemonster und ohne eine Planwirtschaft, von der die Grünen träumen.

Wenn es um eine grüne Wirtschaft geht, so hat die Schweiz den Weg bereits eingeschlagen. Wir müssen unbedingt auch weiter auf diesem Weg bleiben. In der Realität werden die Grünen mit ihrer Initiative diese Dynamik aber nur kaputt machen und dem Staat die Alleinherrschaft überlassen.

Meine Damen und Herren, die Initiative der Grünen verfolgt ein wichtiges Anliegen, schießt aber komplett über das Ziel hinaus. Die vorgesehenen Massnahmen und die starre Zeitachse sind zu radikal und zu streng und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Diese Initiative wird auch neue Hürden für den Handel gegenüber anderen Staaten aufstellen, die sich nicht den zwingenden Vorschriften der Initiative beugen müssen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Es gilt das gesprochene Wort.

Teure Reisen und erhebliche Einschränkungen der Mobilität

Thierry Burkart, Vizepräsident Touring Club Schweiz (TCS)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der TCS lehnt die Initiative ab,

- weil sie den Auto-, Motorrad- und Flugverkehr massiv einschränken und verteuern will,
- weil mit ihr auch das Angebot des öffentlichen Verkehrs reduziert werden müsste,
- und weil sie unsozial ist, da sie die Mobilität zum Luxusgut macht.

Als Journalistin oder Journalist haben Sie einen vollen Terminkalender. Heute Morgen sind Sie hier an dieser Medienkonferenz. Am Nachmittag berichten Sie allenfalls von einer nächsten Veranstaltung. So sind Sie von Berufs wegen viel unterwegs mit dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr. Vielen Schweizerinnen und Schweizern geht es gleich wie Ihnen.

Die arbeitsteilige Wirtschaft hat uns unbestritten grossen Wohlstand gebracht. Arbeitsteilung bedeutet aber auch zunehmende Spezialisierung. Und weil die Spezialisten in einem immer grösseren Umkreis gesucht werden müssen, führt das auch zu zunehmenden Pendlerströmen. Um unser tägliches Brot zu verdienen, sind wir auf das Pendeln angewiesen. Wenn nun aber die Ziele der Initiative erfüllt werden sollen, dann hat das einschneidende Auswirkungen auf unser Mobilitätsverhalten. Selbst eine Umverteilung vom motorisierten Privatverkehr auf den öffentlichen Verkehr – sofern dies überhaupt möglich ist – reicht nicht, um die Ziele der Initiative zu erreichen. Da dürfen wir uns nichts vormachen.

Steigende Treibstoffpreise – neue Zweiklassengesellschaft

Als erste Massnahme absehbar sind neue Strafabgaben auf fossile Treibstoffe. Starke Preiserhöhungen auf Benzin, Diesel und Kerosin sind die Folge. Was das bedeutet, muss ich Ihnen nicht erklären. Mittelstand und Familien werden sich das Auto- oder das Töfffahren weniger leisten können. Flugreisen werden durch die neuen Steuern künftig wieder zu einem Luxusgut. Nehmen wir die Initiative an, schaffen wir damit den Nährboden für eine neue, ungerechte Zweiklassengesellschaft.

Reduktion der Fahrten – unabdingbare Verhaltensänderungen

Die Schweiz verfügt über ein ausgezeichnetes öffentliches Verkehrsnetz. Die Menschen nutzen dieses Netz gemäss ihren ganz persönlichen Bedürfnissen. Weil die Forderungen der



fial Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere

hotelleriesuisse
Swiss Hotel Association

HEV Schweiz



Initiative aber derart radikal sind, genügt nicht einmal die Umstellung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr. Schliesslich braucht auch die Reise mit dem Zug oder dem Tram Strom und andere Ressourcen wie Land usw. Auch das Angebot des öffentlichen Verkehrs (ÖV) müsste folglich massiv eingeschränkt werden.

Ausgedünnte ÖV-Verbindungen und eine massive Verteuerung von Benzin und Diesel werden insbesondere auch die Bewohnerinnen und Bewohner von Berg- und Randregionen belasten und vor grosse Schwierigkeiten stellen. Gerade in abgelegenen Orten ist man zwingend auf gute und bezahlbare Verkehrsverbindungen angewiesen.

Nicht zuletzt dürften Flugreisen ab einem ausländischen Flughafen noch attraktiver werden. Für Schweizer Flughäfen kann die Initiative deshalb den Ruin bedeuten. Auch für Transportunternehmen sind die Konsequenzen weitreichend. Die Transportwege werden durch die Initiative genauso infrage gestellt wie Fahrzeugtypen und Antriebsarten. Das ist auch keine aus der Luft gegriffene Angstmacherei, denn alle diese Punkte sind im Grundsatz im Studienbericht des BAFU nachzulesen. Und der Bundesrat geht in seiner Botschaft sogar noch einen Schritt weiter. Er spricht davon, dass die extremen Ziele der Initianten nur erreicht werden könnten, wenn man gänzlich auf fossile Treibstoffe verzichten würde.

Wie schon meine Kollegin und meine Kollegen ausgeführt haben, ist Nachhaltigkeit auch für uns ein ganz zentrales Anliegen. Die entsprechende Herausforderung ist uns auch allen sehr deutlich bewusst. Dank verschiedener Bemühungen und Innovationsleistungen können wir auch im Bereich der Mobilität schrittweise die Umweltverträglichkeit erhöhen. Die Mobilität ist im Umbruch. Neue Antriebsstränge kommen auf den Markt. Die Elektrifizierung des Autos schreitet voran, was mich natürlich auch als Präsident des Verbands Swiss eMobility freut. Weiter eröffnen Digitalisierung und Vernetzung völlig neue Möglichkeiten. Ja, auch wir beim TCS setzen uns für eine saubere und nachhaltige Mobilität ein und werden die mobile Zukunft aktiv mitgestalten. Wir unterstützen alternative Antriebssysteme wie die Elektromobilität und neue Mobilitätsformen wie Sharing-Modelle für Fahrzeuge, Parkplätze, Velos oder Fahrgemeinschaften. Wir pflegen einen intensiven Austausch mit Partnern aus dem Mobilitätssektor, mit IT-Entwicklern sowie mit Verkehrsnutzern und entwickeln über die Mobilitätsakademie, unsere eigene Denkfabrik, neue und effiziente Lösungen für die Mobilität der Zukunft. Und diesen Weg wollen und werden wir auch mit aller Konsequenz weitergehen. Aber bitte nicht mit der Brechstange dieser überrissenen Initiative.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere

hotelleriesuisse
Swiss Hotel Association

HEV Schweiz



Es gilt das gesprochene Wort.

Teurere Reisen und leere Hotelbetten in der Schweiz

Andreas Züllig, Präsident hotelleriesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Unser Land hat viel zu bieten. Die Alpen, die Seen, die kulturellen Sehenswürdigkeiten, aber auch hochmoderne Kongresszentren oder Skiressorts sowie die zentrale Lage innerhalb von Europa – es gibt unzählige Gründe, weshalb es Reisende in die Schweiz zieht. Die Tourismusbranche ist seit jeher ein wichtiger Zweig der Schweizer Wirtschaft. Es werden Arbeitsplätze angeboten und Steuereinnahmen generiert.

Doch unser Hotel- und Gastronomiegewerbe muss täglich einige Herausforderungen bewältigen. Im preislichen Wettbewerb ist es gegenüber dem kostengünstigen Ausland im Nachteil. Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses hat die Situation noch verschärft. Nun droht mit der Initiative der Grünen bereits der nächste Schlag mit neuen Vorschriften, Steuern und Importbeschränkungen. Für die Reisebranche bedeutet das einerseits eine weitere Zementierung der Hochpreisinsel Schweiz. Andererseits wird das Angebot durch staatliche Zwangsmassnahmen eingeschränkt. Zudem gelten die neuen Gesetze nur national, sodass es zu zusätzlichen wettbewerbshemmenden Handelsschranken sowie Marktverzerrungen kommt. Die Destination Schweiz verliert weiter an Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität. Stagniert die Nachfrage im Schweizer Tourismus, gehen viele Arbeitsplätze und eine wichtige Einnahmequelle verloren. Insbesondere für Rand- und Bergregionen hat dies fatale Konsequenzen. Oft sind diese vom Wintersport und damit auch von der technischen Beschneidung sowie vom Betrieb der Skilifte abhängig. Dürfen die Schneekanonen und Bergbahnen wegen des Strom- und Wasserverbrauchs weniger zum Einsatz kommen (oder werden massiv teurer), verlieren die Bergregionen ihre Schneesicherheit und damit ihre Gäste. Sie sind in ihrer Existenz bedroht.

Nicht nur die Wirtschaft ist von den Folgen der Initiative betroffen. Leidtragende sind in erster Linie Konsumentinnen und Konsumenten. Sie müssen künftig für Ferien tiefer in die Taschen greifen. Denn wie Herr Burkart bereits ausgeführt hat, werden Benzin, Diesel und Kerosin aufgrund ihrer CO₂-Belastung massiv teurer. Das trifft auch Feriengäste aus dem Ausland. Niemand – und ich glaube, da kann ich mit gutem Gewissen für uns alle sprechen – wehrt sich gegen einen umweltbewussten Wirtschaftsalltag. Wir alle wissen: Wer Ressourcen



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere



spart, hat am Ende des Tages mehr Geld zur Verfügung. Allein deshalb sind Hotelbetriebe seit Jahren bestrebt, nicht erneuerbare Ressourcen effizienter einzusetzen. Beispielsweise bei Lebensmittelabfällen. Um ihnen zielgerichtet entgegenzuwirken, haben sich Mitglieder der Branche unter dem Label «United Against Waste» zusammengeschlossen, unter anderem auch hotelleriesuisse. Mit individueller Bedarfsanalyse können Ursachen und Kosten der Lebensmittelabfälle in einem Beherbergungsbetrieb ohne grossen Aufwand ermittelt werden, um dann mit einer fachlichen Beratung pragmatische Lösungen zu erarbeiten. Ein Pilotunternehmen konnte in drei Wochen rund 30 Prozent der Lebensmittelabfälle senken.

Ein zweites Beispiel ist das Projekt «Leuchtturm – Energieeffiziente Hotels Graubünden», das 2013 in Graubünden gestartet wurde. Ziel des Projekts ist es, so viele Hotelbetriebe wie möglich zu motivieren, ihren Energieverbrauch und damit den CO₂-Ausstoss bis 2020 massiv zu reduzieren. Im Gegenzug können sie sich von der CO₂-Abgabe befreien lassen. Bis 2020 sparen die «Leuchtturm»-Hotels

- 6,8 Millionen Liter fossile Energie – so viel wie 6800 Einfamilienhäuser pro Jahr verbrauchen;
- 26 GWh Strom, was dem Jahresverbrauch von 10'000 Zwei-Personen-Haushalten entspricht;
- 18'100 Tonnen CO₂ – so viel stossen 6500 Autos aus, die jährlich 10'000 km bei einem Treibstoffverbrauch von 8 l/100 km fahren.

Alles in allem sind dies Einsparungen von 22 Millionen Franken. Das freiwillige Engagement der «Leuchtturm»-Hotels, Nachhaltigkeit in die Tat umzusetzen, ist schweizweit vorbildlich. Dies wird auch entsprechend erkannt und gewürdigt. Neben den Auszeichnungen Watt d'Or 2015 und dem Milestone Tourismuspreis Schweiz 2014 senden die «Leuchtturm»-Hotels auch über die Branchen- und Kantonsgrenzen hinweg ein starkes Signal. Bereits sind 40 Hotels in den Kantonen Bern und Wallis dem Beispiel der Bündner Hotels gefolgt.

Solche Erfolge zeigen, dass wir auf gutem Weg sind – dank freiwilliger, innovativer Projekte aus der betroffenen Branche. Es braucht keine staatlichen Interventionen. Deshalb wehrt sich auch hotelleriesuisse vehement gegen die Annahme der gefährlichen Initiative.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.